

Protokoll
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung -
Stavo/006/2016
am Mittwoch, den 07.12.2016
im großen Sitzungssaal

Beginn: 19:06 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Tagesordnung:

Bürgerviertelstunde

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
- 5 Mitteilungen
- 6 Anfragen

Sitzungsteil A

Sitzungsteil B

- 7 Errichtung Waldkindergarten in der Kernstadt
- 8 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des KIP-Programmes
hier: Landesprogramm Maßnahme Radweg Laubach / Freienneen,
wassergebundene Decke
- 9 Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 der Stadtwerke
Laubach
- 10 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit -plan 2017 und
Anlagen
- 11 Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung des
Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2017
- 12 Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der
Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Laubach

- 13 Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Laubach
- 14 Beratung und Beschlussfassung über die Grundsatzentscheidung über die Auflösung der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2017 und Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung
hier: 1. Beteiligung der Betriebskommission gem. § 7 Abs.1 Satz 1 des Eigenbetriebsgesetzes
2. Grundsatzbeschluss und Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung
- 15 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2013
- 16 Vorschlag für die Bestellung eines Prüfers für die Jahresabschlüsse 2015 bis 2017
- 17 Beratung und Beschlussfassung über die dingliche Sicherung von Ökopunkten im Grundbuch der Stadt Laubach
- 18 Absaugen und Entsorgen des eingelagerten Schlammes im "Schwanenteich" und "Inselteich" des Schlossparkes
hier. Antrag des OB Laubach vom 04.10.2016
- 19 Das Münsterer Kreuz zum Kreisel machen!
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2016
- 20 Änderung der Förderrichtlinien zum Erwerb und Sanierung von Altbauten in der Kernstadt Laubach und den Stadtteilen (neu aufgenommen)
- 21 Resolution zur geplanten Neuordnung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes Mittelhessen im Landkreis Gießen zum 01. Januar 2017 (neu aufgenommen)

Beratung:

Bürgerviertelstunde

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn eröffnet die Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die Damen und Herren der Verwaltung, des Magistrats, der Presse, die interessierte Bürgerschaft, die Damen und Herren Stadtverordneten und besonders Herrn Löschmeister Simon Schmadel und Herrn Feuerwehrmann Tim Stürmer, die bei einem Innovationspreis der Stadtwerke Gießen ausgezeichnet wurden.

Er verliest die Urkunde für den 1. Platz, den die Laubacher Jugendfeuerwehr für das Osterfeuer erhielt.

Herr Löschmeister Schmadel erläutert das Projekt „Osterfeuer“.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn würdigt die Leistung des Löschmeisters und des Feuerwehrmanns und spricht im Namen der Stadtverordneten und des Magistrats Dank aus.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

3 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Klug berichtet darüber, dass der Magistrat am Montag, den 05.12.2016, eine Vorlage zur Änderung der Förderrichtlinien für den Erwerb und die Sanierung von Altbauten in der Kernstadt Laubachs beschlossen hat. Er stellt für den Magistrat den Eilantrag, den Kreis der Förderberechtigten von natürlichen auf natürliche und juristische Personen auszuweiten.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2		2		26
Nein-Stimmen					1		1	2
Enthaltungen					1			1

Der Eilantrag wird angenommen und wird zu Tagesordnungspunkt 20.

Herr Stadtverordneter Oßwald beantragt, den Dringlichkeitsantrag über die Resolution zur geplanten Neuordnung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes Mittelhessen im Landkreis Gießen zum 01.01.2017 als Tagesordnungspunkt 21 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2		2	1	27
Nein-Stimmen					1			1
Enthaltungen					1			1

Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen und wird zu Tagesordnungspunkt 21.

Herr Stadtverordneter Oßwald fragt an, ob alle Fraktionen den Antrag unterstützen würden, um daraus einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen werden zu lassen. Dem wird von allen Fraktionen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	6	6	2		2	1	26
Nein-Stimmen		1						1
Enthaltungen					2			2

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn gibt den Hinweis, dass bei den Mitteilungen des Herrn Bürgermeister Klug zu Tagesordnungspunkt 6 der letzten Stadtverordnetenversammlung der Betrag des Landes Hessen, der für das Flüchtlingsprojekt zur Verfügung gestellt wurde von den fälschlicherweise genannten 6.000 Euro auf 60.000 Euro korrigiert wurde.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	1	1	2	1	26
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen	1			1	1			3

Das Protokoll der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird genehmigt.

5 Mitteilungen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn merkt an, dass der Gewerbeverein zu einem runden Tisch am 30.11.2016 geladen hatte, zu dem nur 3 Mandatsträger erschienen. Er kritisiert die mangelnde Teilnahme von Mandatsträgern und bittet darum, der nächsten Einladung zu folgen.

Desweiteren weist er daraufhin, dass am Montag, den 05.12.2016, der Kinder- und Jugendbeirat im Rahmen seiner Sitzung drei jugendliche Flüchtlinge als Mitglieder aufgenommen hat.

Herr Bürgermeister Klug lädt die Anwesenden dazu ein, zu Christi Himmelfahrt des Jahres 2017 an einer Fahrt in die Partnerstadt Gräfenhainichen teilzunehmen.

Er erinnert zudem an die Einladung der türkischen Partnerstadt Didim.

Er berichtet über die Sitzung des Abwasserverbandes, die im Vorfeld des Tages stattfand. Er verliest ein Antwortschreiben des Magistrats der Stadt Grünberg bezüglich der finanziellen Beteiligung an dem Grundstückskauf eines Moscheevereins, welcher diese Beteiligung ablehnt.

Herr Bürgermeister Klug teilt mit, dass ergänzend zu Tagesordnungspunkt 12 ein Berechnungsbeispiel nach Geschossflächenmaßstab laut alter Satzung und Vollgeschossmaßstab laut neuer Satzung den Sitzungsunterlagen beigelegt worden sei. Zudem sei auch eine Liquiditätsplanung vorgelegt.

Er teilt weiterhin mit, dass die Vermietung des Klinkerbaus (Friedrichstraße 11a) für ein Jahr, aufgrund der Investitionen der Mieterin Frau Dr. Johnson, kostenlos erfolgte. Ab dem 01.11.2016 sei somit eine Miete von 664,72 zu zahlen. Hinzu komme alle zwei Jahre eine Mieterhöhung von zwei Prozent. Die Neben- und Betriebskosten, die seit dem 01.11.2015 gezahlt werden würden, betragen pauschal 335,28 Euro. Auch hier sei alle zwei Jahre eine Erhöhung um drei Prozent vorgesehen.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Ruppel bezüglich der Prallschutzwand in der Sporthalle der Grundschule teilt Herr Bürgermeister Klug mit, dass noch keine Antwort des Herrn Spangenberg vom Landkreis Gießen vorliegt.

6 Anfragen

Herr Stadtverordneter Ruppel bittet das Amtsgericht an die Beantwortung des Schreibens bezüglich der Besetzung des Ortsgerichts Laubach II zu erinnern. Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn bittet die Verwaltung spätestens in der nächsten Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren.

Herr Stadtverordneter Hofmann bittet um Rückmeldung auf seine Anfrage aus der vorletzten Stadtverordnetenversammlung bezüglich eines Urteils über Radarsäulen. Herr Bürgermeister Klug teilt mit, der Magistrat sei sich einig, es handele sich hierbei um ein laufendes Verfahren und deswegen werde das Urteil noch nicht verteilt.

Sitzungsteil A

Sitzungsteil B

7 Errichtung Waldkindergarten in der Kernstadt

Herr Stadtverordneter Nagorr spricht sich im Namen der Freie Wähler-Fraktion für den Waldkindergarten aus. Er sieht die Aussage des Herrn Bürgermeister Klug, nicht in Konkurrenz mit den Stadtkindergärten in Konkurrenz treten zu wollen, und dort freie Plätze zuerst füllen zu wollen, kritisch.

Herr Amtsrat Stuff berichtet über die Begehung der Standorte am Tiergärtner Teich und am Ramsberg. Er zitiert die schriftliche Aussage der Frau Bär, die eine Zufahrt zu beiden geplanten Flächen am Ramsberg, sowohl für Eltern, Anlieferer von Mittagessen und die Erreichbarkeit mit Rettungsfahrzeugen als nicht geeignet ansehe.

Er teilt zudem mit, den Landkreis Gießen kontaktiert zu haben, der die Betriebserlaubnisse für Kindergärten erteilt, von dem eine ähnliche Antwort vorliege. Er zitiert die Antwort. Diese besagt, dass lediglich für den Standort am Tiergärtner Teich eine Betriebserlaubnis erteilt werden könne.

Herr Amtsrat Stuff berichtet weiterhin, dass das Grundstück am Ramsberg mit einer dinglichen Sicherung zu Gunsten des Landes Hessen belegt sei. Die Bauaufsicht habe den Standort am Tiergärtner Teich zudem schon als zulässige Fläche benannt.

Herr Ortsvorsteher Haas widerspricht den Aussagen des Herrn Amtsrat Stuff. Frau Bär habe auf seine Frage hin gesagt, die Standorte am Ramsberg würden als noch geeigneter als der Standort am Tiergärtner Teich angesehen werden.

Herr Stadtverordneter Oßwald verleiht seiner Verwunderung Ausdruck, dass der Standort am Tiergärtner Teich gezielt bevorzugt werde und andere Standorte als nicht geeignet angesehen würden. Er plädiert zudem für eine frühere Einbindung der Ortsbeiräte.

Herr Bürgermeister Klug beteiligt sich an der Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2	2	2	1	29
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die zusätzliche Schaffung einer Waldkindergartengruppe in der Kernstadt. Der Betrieb soll von dem Oberhessischen Diakoniezentrum durchgeführt werden. Hierzu wird die neue Gruppe organisatorisch an die Kindertagesstätte „Weltentdecker“ (Adolf-Wieber-Straße) angegliedert. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen des jährlichen Betriebskostenzuschusses an das Oberhessische Diakoniezentrum zur Verfügung gestellt.

8 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des KIP- Programmes hier: Landesprogramm Maßnahme Radweg Laubach / Freienseen, wassergebundene Decke

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn berichtet über die Beschlussvorlage aus dem Haupt-, Bau- und Finanzausschuss, die mit sechs Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen angenommen worden sei.

Die Herren Stadtverordneten Schmidt und Frank beteiligen sich an der Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7		2	1		1	20
Nein-Stimmen			6		1			7
Enthaltungen						2		2

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Teilstück des Radwegs Laubach / Freienseen nicht mit einer wassergebundenen Decke zu versehen. Als Ersatzmaßnahme soll nunmehr die notwendige Verschwenkung des Teilabschnitts

zwischen Laubach und B 276 bei dem Land Hessen aus dem Landesprogramm verwendet werden.

Über den vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion mit dem Antrag die Verschwenkung zur Querung der B 276 nicht durchzuführen wurde nicht abgestimmt.

9 Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 der Stadtwerke Laubach

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	5	6		1	2	1	24
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen		2		2	1			5

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach stimmt dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke Laubach für das Wirtschaftsjahr 2017, wie in Drucksache Nr. 126/2016 dargestellt, zu.

10 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit -plan 2017 und Anlagen

Herr Stadtverordneter Oßwald spricht sich dafür aus den ausgeglichenen Haushalt nicht durch Steuersenkungen zu gefährden, im Ergebnishaushalt sparsam zu sein und Personal- und Sachkosten niedrig zu halten. Er spricht sich deshalb gegen Stellenerweiterungen und für interkommunale Zusammenarbeit aus. Im Hinblick auf die Stelle des IT-Administrators hieße das für die Freie Wähler-Fraktion, die Stelle nicht vollständig nachzubesetzen. Sie solle in Zukunft im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit Lich abgebildet werden. Bis es soweit sei sollten eine halbe Stelle oder Sachkosten für einen externen Dienstleister im Umfang dieser halben Stelle ausreichen. Er spricht sich desweiteren dafür aus, die von der CDU-Fraktion beantragte Streichung der Hausmeisterstelle im Umfang eines „Mini-jobs“ zu unterstützen. Für die Entwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit spricht er Herrn Bürgermeister Klug und Herrn Magistratsoberrat Weicker Lob aus. Er beantragt die Aufnahme des Haushaltsansatzes für einen Bürgerbus auf 10.000 Euro statt der von der SPD-Fraktion beantragten 20.000 Euro zu reduzieren. Zudem beantragt er eine Arbeitsgruppe und einen Sperrvermerk mit Freigabe im Fachausschuss, sobald Ergebnisse vorliegen.

Herr Stadtverordneter Röschen berichtet darüber, dass der Haupt-, Bau- und Finanzausschuss dem Haushaltsplan mehrheitlich zugestimmt habe. Er spricht Dank an die Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltsplans aus. Er spricht sich zudem aus für die Ansiedlung von Gewerbe, das Erschließen von Bauflächen, beispielsweise durch das IKEK-Programm, und die geplanten Mittel für den Radweg zum Schuldenabbau zu verwenden. Er stellt fest, dass der Überschuss des Haushaltsplans nur die Hälfte der Ausschreibungen ausmache.

Herr Stadtverordneter Kröll spricht sich bezüglich des Bürgerbusses dafür aus, im Rahmen des IKEK-Programms an die Ortsteile heranzutreten, denen durch den

Bürgerbus ein großer Nutzen entstünde. Er plädiert darüber hinaus für die Großveranstaltungen, die Laubach überregional bekanntgemacht haben. Er spricht sich im Hinblick auf die Anschaffung eines Kommandowagens für den Stadtbrandinspektor dafür aus, kein Dieselfahrzeug anzuschaffen, die Möglichkeit des Kommunalleasings zu prüfen und dafür zunächst einen Sperrvermerk anzubringen. Herr Stadtverordneter Kröll beantragt, dass eine Steuerkommission eingerichtet wird, die den Arbeitsauftrag hat zu prüfen, welche Steuern und Hebesätze die Stadt kurz- bis mittelfristig anpassen könne, um eine spürbare Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Herr Stadtverordneter Hofmann übt Kritik am Haushaltsplan und an den Investitionen in Radwege und Feuerwehrgereätehäuser. Er kritisiert weiterhin, dass seitens der Verwaltung kein Konzept für die wegfallende IT-Administrationsstelle vorgelegt worden sei. Ein Fehler sei es gewesen, die Stelle überhaupt mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen. Er plädiert für eine volle Stelle. Er übt weiterhin Kritik an der Verwendung der KIP-Mittel, die lediglich für Sanierungen gedacht gewesen sein, aber nicht für solche verwendet worden sein.

Frau Stadtverordnete Schmulbach hält an dem Antrag der Grünen aus der gemeinsamen Ausschusssitzung vom 22.11.2016 fest, den Ansatz für die Laubacher Tourismus- und Servicegesellschaft mbH von 100.000 Euro auf 80.000 Euro zu reduzieren und einen Sperrvermerk von weiteren 20.000 Euro anzubringen.

Die Herren Stadtverordneten Ruppel, Frank und Baumann sowie Herr Bürgermeister Klug beteiligen sich an der Aussprache.

a) Abstimmungsergebnis 12.541.01 Radweg Laubach-Freienseen von 450.000 auf 0 Euro:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen			5		2	1	1	9
Nein-Stimmen	9	7		2				18
Enthaltungen						1		1

b) Abstimmungsergebnis 15.571.01 Zuschuss an LTS GmbH von 100.000 auf 60.000 Euro reduzieren:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen			6		1	2	1	10
Nein-Stimmen	9	7		2	1			19
Enthaltungen								0

c) Abstimmungsergebnis 13.553.01:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2	2	2	1	29
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Sanierung Friedhofshalle Altenhain 5.000 Euro einsetzen

d) Abstimmungsergebnis 05.351.01:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7		1			1	18
Nein-Stimmen			6			1		7
Enthaltungen				1	2	1		4

Bürgerbus 10.000 Euro einsetzen

e) Abstimmungsergebnis 05.351.01:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2			1	25
Nein-Stimmen					1	1		2
Enthaltungen					1	1		2

Geänderter Hauptantrag Bürgerbus

f) Abstimmungsergebnis Erlaubnis für Kassenkredite:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6		2		1	25
Nein-Stimmen						2		2
Enthaltungen				2				2

Erlaubnis für Kassenkredite von 6,5 Mio. auf 5 Mio. reduzieren

g) Abstimmungsergebnis 01.111.02:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7	6	2	1	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen					1			1

Der Ansatz wird um 11.000,- Euro gekürzt. Auf die Einstellung eines geringfügig Beschäftigten (Hausmeister Rathaus) wird verzichtet.

h) Abstimmungsergebnis 02.126.01:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	7	7	6	2	2	2	1	27
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen	2							2

Der Ansatz (35.000,- Euro) zur Anschaffung eines Kommandowagens wird mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung, versehen. Der Magistrat wird beauftragt, die Leasing-Option zu prüfen.

i) Abstimmungsergebnis 15.573.01:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6		1	2	1	25
Nein-Stimmen	1			2	1			4
Enthaltungen								0

Der Ansatz zur Anschaffung von Prallschutzwänden in der Sport- und Kulturhalle wird gestrichen.

j) Abstimmungsergebnis Steuerkommission:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Die Stadtverordnetenversammlung richtet eine Steuerkommission ein. Dieser gehören der Bürgermeister als Kämmerer, der Fachdienstleiter Finanzen der Verwaltung und je ein Vertreter der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen und Gruppen an. Arbeitsauftrag an die Kommission ist die Prüfung, welche Steuer-, Gebühren-, Abgaben-, Beiträge-, Kosten- und Hebesätze der Stadt Laubach kurz- bis mittelfristig angepasst werden können, um eine spürbare Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

k) Abstimmungsergebnis 01.111.02:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2		1	26
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen						2		2

KIP-Maßnahmen 150.000 und 350.000 Euro Rathausanierung, Energetik & Barrierefreiheit: Sperrvermerk bis zur Vorlage genauer Maßnahmen-/Kostenplanungen

l) Abstimmungsergebnis (IT-Koordinator mit ganzer Stelle in den Haushaltsplan aufnehmen):

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	1		6		1	2		10
Nein-Stimmen	8	6			1		1	16
Enthaltungen		1		2				3

m) Abstimmungsergebnis 01.111.03:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7			1		1	18
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen			6	2	1	2		11

Personalkosten Rathaus-IT-Koordinator (64.900 Euro) reduzieren auf 33.000 Euro

r) Abstimmungsergebnis Haushaltsplan inkl. Satzung und Anlagen:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	7		1				17
Nein-Stimmen			6		1	2	1	10
Enthaltungen				1	1			2

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 zu.

11 Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2017

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	9	6		2	2	2		21
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen		1	6				1	8

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. §92 Abs. 4 HGO i.V.m. § 24 Abs. 4 GemHVO das beigefügte Haushaltssicherungskonzept (HAUSiKo).

12 Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Laubach

Herr Stadtverordneter Schmidt merkt an, dass diese Vorlage bereits Thema in einer Ausschussrunde gewesen sein. Die am heutigen Tage verteilten Berechnungsbeispiele hätte den Stadtverordneten früher zugestellt werden sollen. Er könne der Beschlussvorlage aufgrund dessen nicht zustimmen.

Herr Stadtverordneter Frank beteiligt sich an der Aussprache

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	5	6			1		20
Nein-Stimmen		2				1	1	4
Enthaltungen	1			2	2			5

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beiliegenden Entwurf einer neuen Wasserversorgungssatzung als Satzung.

13 Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Laubach

[Anmerkung des Schriftführers: Herr Stadtverordneter Wittek hat die Stadtverordnetenversammlung zwischenzeitlich verlassen.]

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6			2		23
Nein-Stimmen							1	1
Enthaltungen				2	2			4

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beiliegenden Entwurf einer neuen Entwässerungssatzung als Satzung.

- 14 Beratung und Beschlussfassung über die Grundsatzentscheidung über die Auflösung der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2017 und Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung**
hier: **1. Beteiligung der Betriebskommission gem. § 7 Abs.1 Satz 1 des Eigenbetriebsgesetzes**
2. Grundsatzbeschluss und Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8		6			2	1	17
Nein-Stimmen		4			2			6
Enthaltungen		3		2				5

1. Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Grundsatzbeschluss, die Stadtwerke zum 31.12.2017 aufzulösen.

2. Die 5. Änderungssatzung der Betriebssatzung wird wie vorgeschlagen beschlossen.

- 15 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2013**

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

a) Der von der Wirtschaftsprüfungs- und Revisionsgesellschaft RGT Treuhand mbH, 61169 Friedberg, geprüfte Jahresabschluss der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2013 mit einer Bilanzsumme von 14.491.540,14 Euro und einem Jahresverlust von 249.751,62 Euro wird gem. § 27 Abs. 3 ElgBGes festgestellt.

b) Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Wasserversorgung von 31.238,34 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

c) Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung von 116.730,18 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

d) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Bäderbetriebe von 397.720,14 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

e) Der Betriebsleitung der Stadtwerke Laubach wird für das Wirtschaftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.

16 Vorschlag für die Bestellung eines Prüfers für die Jahresabschlüsse 2015 bis 2017

Herr Stadtverordneter Frank fragt an, warum die Firma RGT-Treuhand das teuerste Angebot abgegeben und doch den Zuschlag erhalten habe.

Herr Bürgermeister Klug merkt an, dass nicht die Firma RGT-Treuhand den Zuschlag erhalten habe, sondern die Firma GBZ Revisions- und Treuhand AG, wie es auch in der Beschlussvorlage geschrieben stehe.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GBZ Revisions- und Treuhand AG den Auftrag zu erteilen, die kaufmännischen Jahresabschlüsse 2015 bis 2017 der Stadtwerke Laubach zu prüfen.

17 Beratung und Beschlussfassung über die dingliche Sicherung von Ökopunkten im Grundbuch der Stadt Laubach

Herr Stadtverordneter Ruppel spricht davon, dass in der Stadtverordnetenversammlung immer behauptet worden sei, die Bundesrepublik Deutschland verlange eine dingliche Sicherung im Grundbuch für den Verkauf von Ökopunkten, die solange bestünde, wie das Grundbuch der Bundesrepublik Deutschland geführt werde. Er zitiert einen Vertrag in dem ein Eintrag in das Forsteinrichtungswerk statt der dinglichen Sicherung im Grundbuch zwischen der Bundesrepublik und einem Laubacher Waldbesitzer für 30 Jahre erwirkt worden sei. Er regt an, dass die Stadt Laubach dieses Verfahren in Zukunft ebenfalls anwenden solle.

Herr Stadtverordneter Hofmann äußert die Bitte, der Stadtverordnetenversammlung einen solchen Vertrag vorzulegen. Er merkt an, dass die Stadtverordnetenversammlung die Kontrolle in dieser Sache innehaben solle.

Herr Bürgermeister Klug kündigt an, sich mit der Firma KB Forst ins Benehmen zu setzen, um zu prüfen ob es möglich sei mit der HLG eine solche Vereinbarung auch

mit Eintrag ins Forsteinrichtungswerk für 30 Jahre zu erwirken, oder ob eine dingliche Sicherung im Grundbuch notwendig sei. Er bittet zudem darum, dem Vorstand der Stadtwaldstiftung ebenfalls einen solchen Vertrag zur Kenntnis vorzulegen.

Herr Stadtverordneter Frank beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes und erbittet eine Klärung des Sachverhalts durch die Stadtverwaltung.

Herr Stadtverordneter Oßwald beteiligt sich an der Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen		6	6	1	2	2	1	18
Nein-Stimmen	6	1						7
Enthaltungen	2			1				3

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Tagesordnungspunkt bis zur Klärung des Sachverhalts durch die Stadtverwaltung zurückzustellen.

18 Absaugen und Entsorgen des eingelagerten Schlammes im "Schwanenteich" und "Inselteich" des Schlossparkes hier. Antrag des OB Laubach vom 04.10.2016

Herr Ortsvorsteher Haas verliest die Beschlussvorlage.

Die Herren Stadtverordneten Röschen und Oßwald sowie Herr Bürgermeister Klug beteiligen sich an der Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für ein Absaugen und Entsorgen des eingelagerten Schlammes zu ermitteln. Desweiteren soll über die untere Naturschutzbehörde geprüft werden, ob und in welchem Umfang für eine solche Maßnahme bzw. eine anschließende Renaturierung der Teichanlagen öffentliche Fördermittel zur Verfügung stehen. Der Magistrat möge die erforderlichen Mittel zeitnah in den Haushalt einstellen

19 Das Münsterer Kreuz zum Kreisel machen! hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2016

Herr Stadtverordneter Mohr merkt an, das Münsterer Kreuz stünde schon länger in der Kritik. Die Ampelschaltung behindere den Verkehrsfluss, was eine Gefahr berge. Zudem seien dort schon Menschen zu Tode gekommen. Aus Sicherheitsgründen solle deshalb dort ein Kreisel entstehen, was auch die Abgase durch Fahrzeuge verringere und somit die Umwelt schütze. Zudem spricht er davon, dass ein Kreisel Geld spare, da die Betriebskosten für die Ampelanlage entfallen.

Herr Stadtverordneter Hofmann stellt fest, dass es sich beim Antrag der SPD-Fraktion um einen Prüfantrag handele, der die Verwaltung beauftrage mit den Behörden des Landes Hessen in Kontakt zu treten und die Kosten für das etwaige Bauvorhaben zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	6	6	2	2	2	1	27
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen		1						1

In Verhandlungen mit der Landesregierung soll der Magistrat herausfinden,
- ob ein Umbau möglich ist;
- wie viel er kosten würde;
- wie hoch der Anteil der Stadt Laubach an den Umbaukosten voraussichtlich sein wird.

Anschließend möge der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung informieren, damit eine endgültige Entscheidung über das Projekt durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen werden kann.

20 Änderung der Förderrichtlinien zum Erwerb und Sanierung von Altbauten in der Kernstadt Laubach und den Stadtteilen (neu aufgenommen)

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	1		2		24
Nein-Stimmen					1		1	2
Enthaltungen				1	1			2

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Kreis der Förderberechtigten der Förderrichtlinien für den Erwerb und die Sanierung von Altbauten in der Kernstadt Laubachs auf natürliche **und juristische** Personen auszuweiten.

21 Resolution zur geplanten Neuordnung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes Mittelhessen im Landkreis Gießen zum 01. Januar 2017 (neu aufgenommen)

Abstimmungsergebnis:

	FW	CDU	SPD	Grüne	BfL	FBLL	FDP	Summe
Ja-Stimmen	8	7	6	2	2	2	1	28
Nein-Stimmen								0
Enthaltungen								0

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Resolution zur geplanten

Neuordnung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Landkreis Gießen zum 1. Januar 2017.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn beendet die Stadtverordnetenversammlung um 22:00 Uhr und spricht seinen Dank an die Verwaltung aus. Er wünscht den Anwesenden Frohe Festtage und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

(Joachim Michael Kühn)
Stadtverordnetenvorsteher

(Tobias Wengorsch)
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2016

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneter Kühn, Joachim Michael _____

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Albert, Ingrid _____

Stadtverordneter Graf zu Solms-Laubach, Karl Georg
S.E. _____

Stadtverordneter Jäger, Bernhard _____

Stadtverordneter Kröll, Axel _____

Stadtverordneter Maikranz, Siegbert _____

Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik _____

Stadtverordneter Schöneborn, Andreas _____

SPD-Fraktion

Stadtverordneter Eisenfeller, Helmut _____

Stadtverordneter Gontrum, Jörg _____

Stadtverordneter Mohr, Harald _____

Stadtverordneter Neuß, Klaus-Jürgen _____

Stadtverordneter Röschen, Hartmut _____

Stadtverordnete Schönhals, Ilona _____

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Raschke, Ingeborg _____

Stadtverordnete Schmulbach, Kirsten _____

FDP-Fraktion

Stadtverordneter Schmidt, Ralf _____

FW-Fraktion

Stadtverordneter Bigdun, Bernd _____

Stadtverordneter Häbel, Ulf Dr. _____

Stadtverordneter Nagorr, Lutz _____

Stadtverordneten	Niesner, Artur	_____
Stadtverordneten	Oßwald, Dirk	_____
Stadtverordneten	Straka, Andreas	_____
Stadtverordnete	Sussmann, Anne	_____
Stadtverordneten	Wittek, Marc	_____

Bürger für Laubach

Stadtverordneten	Frank, Hans-Georg	_____
Stadtverordneten	Poth, Dietmar	_____

Freie Bürgerliste Laubach

Stadtverordneten	Baumann, Sven Lambert Dr.	_____
Stadtverordneten	Hofmann, Dirk-Michael	_____

Magistrat

Bürgermeister	Klug, Peter	_____
Stadträtin	Diepolder, Christine	_____
Stadtrat	Görges, Hartmut	_____
1. Stadträtin	Hanak, Isolde	_____
Stadtrat	Lang, Horst	_____
Stadtrat	Neuhäuser, Josef	_____
Stadtrat	Teubner-Damster, Hans-Georg	_____
Stadtrat	Vohla, Wolfgang	_____

Schriftführer/in

Verwaltungsfachan gestellter	Wengorsch, Tobias	_____
---------------------------------	-------------------	-------

Verwaltung

Amtsrat	Stuff, Andreas	_____
Magistratsoberrat	Weicker, Karl-Heinz	_____

entschuldigt fehlt

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordneten	Köhler, Michael	_____
------------------	-----------------	-------

FW-Fraktion

Stadtverordneten Emrich, Klaus

Magistrat

Stadtrat Baumgartner, Wolfgang
Stadträtin Rahn, Inge Marlies
Stadtrat Semmler, Axel
